

## FOLGEN DER DERZEITIGEN PROHIBITION

- # Kriminalisierung der Konsumenten
- # Kein Jugendschutz
- # Hohes Gesundheitsrisiko durch fehlende Qualitätssicherung
- # Soziale Ausgrenzung von Konsumenten
- # Unkontrollierbare Schwarzmärkte

## NEUE DROGEN- UND SUCHTPOLITIK

- # Kontrolle über Menge und Qualität der Drogen
- # Jugendschutz
- # Aufklärung und Beratung der Konsumenten
- # Frühzeitig ansetzende Therapiemöglichkeiten
- # Eindämmung von Kriminalität
- # Gesundheitsschutz
- # Zusätzliche Steuereinnahmen

Informationen dazu finden Sie in diesem Faltblatt und auf der Internetseite → <http://pirat.ly/drogen>

## PIRATENPARTEI IN HAMBURG

Der Landesverband hat sich am 21. Oktober 2007 gegründet. Inzwischen haben wir ca. 800 Mitglieder, Tendenz steigend. **Jeden Dienstag findet das zentrale Piratentreffen des LV Hamburg um 19:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Lippmannstraße 57 statt.** Weitere Informationen zu lokalen Stammtischen und den Verbänden in den Bezirken finden sich auf unserer Internetseite: → [www.piratenpartei-hamburg.de](http://www.piratenpartei-hamburg.de)

DROGEN

LEGALISIEREN,

KONSUMENTEN

SCHÜTZEN!



**D**ie auf Verboten und Strafen beruhende Drogen- und Suchtpolitik ist gescheitert: Weder Handel noch Gebrauch konnten eingedämmt werden. Zudem führt die repressive Politik zu zahlreichen weiteren Problemen: Kinder und Jugendliche können vor den Auswirkungen des Drogen-Schwarzmarkts nicht geschützt werden, da der Schwarzmarkt keinen Jugendschutz und keine Qualitätskontrollen kennt. Auch in medizinischer Hinsicht ist durch Streckmittel ein erhöhtes Gesundheitsrisiko entstanden. Unverändert ist die hohe Beschaffungskriminalität ein Problem.

Wir Piraten sind überzeugt, dass es eine drogenfreie Gesellschaft nicht geben kann. Steuergelder sollten nicht länger verschwendet werden, um Konsumenten und Kleindealer von einem Platz zum nächsten zu verdrängen, sondern eingesetzt werden, um über die Risiken der jeweiligen Suchtstoffe intensiv aufzuklären und einen verantwortungsvollen Umgang zu vermitteln.

Wer konsumieren will, der konsumiert auch! Verbote und Verfolgung führen nicht zu einer Verringerung des Drogenkonsums. Daher ist es wichtig, durch verschiedene Maßnahmen für ein stabiles soziales Umfeld zu sorgen. Dazu müssen neben der Entkriminalisierung von Drogen diverse politische Maßnahmen getroffen werden, um den Schaden durch den Konsum so weit wie möglich zu reduzieren.

## **DIE KEHRTWENDE IST ÜBERFÄLLIG**

2001 wurde in Portugal eine Kehrtwende in der Drogen- und Suchtpolitik vollzogen. In einer zehn Jahre dauernden Studie der Open Society Foundation wurden die Veränderungen analysiert. **Neben einem Rückgang der Kriminalitätsrate konnte auch ein Rückgang des öffentlichen Drogenkonsums verzeichnet werden, ebenso ein Rückgang der HIV-Infektionen. Auch eine Verbesserung der Lebenssituation der HIV-Infizierten konnte festgestellt werden.**

Die Repressionspolitik verstößt gegen die Menschenrechte, denn der Staat hat nicht das Recht, die Freiheit des Bürgers einzuschränken, sofern Dritte durch diese nicht zu Schaden kommen. Dies fand 1948 mit der Erklärung der Menschenrechte seine allgemeine Anerkennung. Bevor es in Portugal zu einer Kehrtwende kommen konnte, gab es in der Gesellschaft eine breit angelegte Debatte über Sinn und Unsinn der Repressionspolitik. Diese gilt es endlich auch in Deutschland zu führen, um eine Kehrtwende überhaupt politisch umzusetzen zu können. Dies ist längst überfällig!

**Auch jetzt schon können diverse Maßnahmen getroffen werden, um viele Problem besser in den Griff zu bekommen.** Anstatt Konsumenten zu verfolgen sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Drogen prüfen zu lassen, um gesundheitsgefährdende Zusatzstoffe zu identifizieren und über die Folgen des Konsums aufzuklären. Fixerstuben und Druckräume sind ein weiteres, bereits bewährtes Mittel, um die gesundheitliche Situation von Konsumenten zu verbessern.

